

Sie sind hier: [Startseite](#) » [Politik](#) » Artikel lesen

Windkraftbetreiber geht über Leichen

- 30.04.2003 -



Oberelz. Geht es nach dem Willen der Windradbetreiber, wird die kommunale Selbstverwaltung abgeschafft.

Anzeige

Die Gemeinde Oberelz hat mit einem Gemeinderatbeschluss am 25.06.1997 einstimmig beschlossen, dass in der Gemarkung Oberelz keine Windräder errichtet werden sollen. Dieser Beschluss wurde auch von dem Bruder des damaligen Geschäftsführers von der Firma Provento, Rudi Schmitz, mitgetragen.

Am 14.11.2001 stellt die Firma Provento, ohne Zustimmung der Gemeinde, einen Bauantrag. Es soll auf Privateigentum ein Windrad mit einer Nabenhöhe von

84 m erstellt werden. Der Bauantrag wurde von der Gemeinde Oberelz, der Verbandsgemeinde Kelberg und dem Kreis Daun abgelehnt. Diese Ablehnung wurde nach dem Einspruch (ohne die Angaben einer Begründung der Firma Provento) am 12.12.2002 vom Kreisrechtsausschuss auch bestätigt. Dies beeindruckt Provento nicht, jetzt steht ein Verfahren beim Verwaltungsgericht Trier an: „Provento AG gegen den Kreis Daun“ und somit auch gegen das Recht der Bürger auf kommunale Selbstverwaltung.

Von Bestechung ist die Rede

Der Gemeinderat hat sich gegen Windkraft und für das Landschaftsschutzgebiet entschieden. Die Bezirksregierung Trier hat das Landschaftsschutzgebiet Kelberg als Tabuzone für Windkraft erklärt. Die Provento AG interessiert das alles nicht. Sie möchte mit allen erdenklichen Mitteln Windräder in der Gemarkung Oberelz aufstellen. Dem Bürgern werden Pläne mit einem Windpark von 17 Windrädern in Oberelz vorgelegt, den Eigentümern wird ein Mietzins zugesagt, der ein vielfaches des Grundstückwertes überschreitet, Gemeinderatsmitglieder werden Angebote unterbreitet, die man schon Bestechung nennen kann. Es werden Geldbeträge in 5-stelliger Höhe angeboten.

Was steckt hinter den Plänen von Provento AG?

Der geplante Standort ist Provento bereits bekannt, ein vorhandenes Windrad in der Gemarkung Lirstal, nicht weit von dem geplanten Standort, wird in der Bevölkerung schon verspottet. Es steht nämlich mehr still, als es sich dreht. Geht es um Umweltschutz oder Abzocken von Steuergeld? Aus welcher Sicht werden Gutachten erstellt, wer bekommt die Aufträge für diese dubiosen Gutachten? Werden Freunde oder Familienmitglieder bevorzugt, wird Umweltschutz betrieben oder wird sich selbst bereichert? Wann kommt der große Knall, wann bleiben die ersten Mietzinszahlungen aus, nicht nur die Gerüchteküche sagt, dass einige Gemeinden auf Ihr Geld bereits warten. Was passiert dann? Wer kommt für die Schäden auf? Muss der Bürger, dem man die Selbstverwaltung genommen hat, für diesen Schaden aufkommen? Wann werden unsere Herren Politiker endlich wach? Überall sucht der Staat nach Geld, Rentenreform, Krankenkassenreform und vieles mehr, alles um Geld zu sparen. Aber die Windkraft wird mit Steuergeldern übersättigt finanziert. Wenige privilegierte Anleger bekommen Renditen bis zu 10%; alles Gelder von den Steuerzahlern. Wann ist endlich Schluss mit der Abzocke? Ω